

Wochenbericht

Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringe Einkommen, hohe Transferabhängigkeit

Seite **496**

Die ökonomische Situation von Migranten ist in Berlin schlechter als in anderen Großstädten. Das Ausmaß der Unterbeschäftigung ist dramatisch. Hauptursache ist die geringe Qualifikation der Migranten, vor allem im Westteil Berlins. Die schlechte Arbeitsmarktlage Berlins potenziert das Problem.

von Karl Brenke

Höhere Sozialtransfers wären kontraproduktiv

Seite **497**

Fünf Fragen an Karl Brenke

Hybridautos fahren die Dreifach-Dividende ein

Seite **510**

Kommentar von Christian von Hirschhausen

Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringe Einkommen, hohe Transferabhängigkeit

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ist in Berlin nicht höher als in vergleichbaren deutschen Städten. Wegen der schlechten Wirtschaftsentwicklung und der allgemein hohen Unterbeschäftigung in Berlin treten die mit Migration verbundenen ökonomischen und sozialen Phänomene hier jedoch besonders deutlich zutage. Dabei kommt zweierlei zusammen: Zum einen ist in den großen Städten die Erwerbslosigkeit der Migranten generell doppelt so hoch wie die der übrigen Bevölkerung. Zum anderen liegt gerade in Berlin die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt. Das Ausmaß der Unterbeschäftigung der Migranten in der Stadt ist daher dramatisch. Jeder dritte ist erwerbslos.

Ursache für die schlechten Arbeitsmarktchancen sind vor allem unzureichende Qualifikationen. Die Qualifikationsstruktur der Migranten ist deutlich schlechter als die der übrigen Berliner. Allerdings ist dabei zu differenzieren – etwa zwischen den westlichen Teilen Berlins und dem ehemaligen Ost-Berlin, wo die Migranten deutlich besser qualifiziert sind und auf dem Arbeitsmarkt besser abschneiden. Auch mit Blick auf die ethnische Herkunft gibt es große Unterschiede.

Angesichts dieser kritischen Ausgangssituation kommen auf die Landespolitik enorme Anforderungen zu, denn mehr als 40 Prozent der Kinder unter zehn Jahren in Berlin haben einen Migrationshintergrund. Um die Aufgaben zu meistern, sind vor allem Anstrengungen bei der vorschulischen und bei der schulischen Ausbildung vonnöten.

Die vorliegende Studie wirft erstmals einen umfassenden Blick auf die ökonomische Situation von Migranten in Berlin. Untersucht wird dabei nicht nur die Lage von Menschen mit nichtdeutschem Pass, sondern auch die jener Migranten, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Kasten „Was ist ein Migrant“ S. 498).

Dass nun ein umfassenderes Bild der ökonomischen Lage der Migranten auf Landesebene gezeichnet werden kann, liegt an neuen Datenquellen. Zwar wurden für die einzelnen Bundesländer schon früher Berichte über die soziale Lage der Immigranten und deren Integration erstellt, doch litten diese daran, dass anhand der verfügbaren Daten im Wesentlichen nur Informationen über Ausländer zusammengestellt werden konnten.

Für Deutschland insgesamt war schon früher die Datenlage über die Immigranten besser, weil es neben den amtlichen Fachstatistiken die Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen gab – wie die des Sozio-oekonomischen Panels. Allerdings eignen sich solche Umfragedaten wegen ihrer zu geringen Stichprobengröße wenig für regionale Analysen. Die amtliche deutsche Statistik hat – im Rahmen EU-weiter Vereinbarungen – seit 2005 das Fragenprogramm ihrer großen Massenerhebung, des Mikrozensus, so weit verändert, dass seitdem auch amtlicherseits umfassende Informationen über den Migrationsstatus der Bevölkerung in Deutschland zur Verfügung stehen. Und die Stichprobe ist so groß, dass nun erstmals auch regionale Analysen möglich sind.

Fünf Fragen an Karl Brenke

Höhere Sozialtransfers wären kontraproduktiv

Herr Brenke, Sie haben die ökonomische Situation von Migranten in Berlin untersucht. Wer ist überhaupt ein Migrant? Welche Menschen betrifft Ihre Studie?

Zu den Migranten zählen wir nicht nur die Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft, sondern auch Deutsche mit Migrationsstatus. Das können Deutsche sein, die hier geboren sind und dann eingebürgert wurden, das können aber auch Deutsche sein, die aus dem Ausland kommen und die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen haben, wie die Spätaussiedler.

Wie ist die wirtschaftliche Situation der Migranten in Berlin?

Die wirtschaftliche Situation der Migranten in Berlin stellt sich schlecht dar. Jedoch ist die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Berlin insgesamt nicht besonders rosig, wenn man sie mit anderen großen Städten wie Hamburg, München oder Frankfurt vergleicht. Allerdings haben Migranten auch schlechtere Arbeitsmarktchancen, weil sie oft keine Berufsausbildung haben. Die Arbeitslosigkeit der Migranten in Berlin ist doppelt so groß wie bei Personen ohne Migrationshintergrund. Das gilt für alle großen Städte. In Berlin jedoch haben wir das Problem, dass die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt liegt.

Insgesamt sind in Berlin sehr viele Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Wie ist die Lage bei den Migranten?

Der Anteil an Hartz-IV-Empfängern an der gesamten Bevölkerung ist in keinem Bundesland so hoch wie in Berlin. Weil die Unterbeschäftigung bei den Migranten noch sehr viel ausgeprägter ist als bei den übrigen Berlinern, ist bei ihnen die Transferabhängigkeit auch viel höher. Insbesondere bei Personen mit Bindung an die Türkei kann man eine enorm hohe Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung feststellen. Etwa die

Hälfte der Personen mit türkischem Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter lebt von Sozialtransfers. Wir haben hier eine Arbeitslosenquote von 40 Prozent, und das ist dramatisch.

Was bedeuten die Erkenntnisse der Berliner Studie für die Lage von Migranten in anderen deutschen Großstädten?

Auch in Städten wie München oder Hamburg ist die Lage der Migranten im Schnitt ungünstiger als bei der übrigen Bevölkerung. Dennoch ist dort die Gesamtsituation der Migranten nicht so schlecht wie in Berlin, weil diese Städte wirtschaftlich viel besser dastehen als Berlin.

Wo liegen die Ursachen für die schwierige Situation der Migranten und wie könnte man die Lage verbessern?

Das Problem ist die oftmals unzureichende Ausbildung. Bereits in der Schule und bei der frühkindlichen Erziehung müssen unterstützende Maßnahmen eingeleitet werden und nicht erst bei der Berufsausbildung. Migrantenkinder stammen oft

» Das zentrale Problem ist fehlende Bildung. «

aus bildungsfernen Schichten und bekommen meist weniger Anreize, sich in der Schule zu engagieren. Zum Teil fehlen auch ausreichende Sprachkenntnisse. Es ist viel besser, diesen Kindern früh zu helfen, als den entsprechenden Haushalten mehr Geld zu geben – höhere Sozialtransfers wären schlicht kontraproduktiv. Der Berliner Senat hat Maßnahmen ergriffen, indem er die vorschulische Bildung ausweiten und auch den Kita-Besuch in bestimmten Jahren kostenfrei stellen will. Das ist ein Weg in die richtige Richtung. Auf der anderen Seite haben wir in Berlin noch immer einen überalterten Lehrkörper, und es fallen noch immer Unterrichtsstunden aus. Man muss also Geld in die Hand nehmen, um auch in die schulische Bildung vermehrt zu investieren.



Karl Brenke
Wissenschaftlicher
Referent
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das Interview zum
Anhören finden Sie auf
www.diw.de

Was ist ein Migrant?

Die hier verwendete Klassifizierung lehnt sich weitgehend an die vom Statistischen Bundesamt verwendete an.¹ Abweichend davon werden nur ab 1960 Zugewanderte, ab 1960 Eingebürgerte sowie – bei gegebenen Voraussetzungen – ab 1960 in Deutschland Geborene zu den Personen mit Migrationshintergrund gezählt. Damit wird dem Beginn der Arbeitskräftewanderungen in größerem Umfang Rechnung getragen, die mit der Anwendung von Gastarbeitern einsetzte.

Zum einen kann zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden werden. Wenn eine Person neben der deutschen Staatsbürgerschaft eine weitere hat, wird sie den Deutschen zugeordnet. Zum anderen kann un-

terschieden werden, ob die Personen selbst zugewandert sind oder ob sie in Deutschland geborene Nachkommen von Migranten sind. Diese erhalten auch dann den Migrantenstatus, wenn lediglich ein Elternteil zu den Migranten zu zählen ist. Beispielsweise können deshalb auch in Deutschland als Deutsche Geborene zu den Personen mit Migrationsstatus zählen.

Des Weiteren wurden die Migranten nach Gruppen von Ländern unterteilt, zu denen sie aufgrund ihres Migrationsstatus verbunden sind. Wegen hinreichender Fallzahlen konnten Personen mit Wurzeln zur Türkei getrennt ausgewiesen werden. Allerdings war eine entsprechende Zuordnung nicht immer möglich – und zwar gilt das ausschließlich für die Deutschen mit Migrationshintergrund. So ist beispielsweise bei einem großen Teil der Spätaussiedler nicht bekannt, aus welchem Land sie zugewandert sind.

¹ Statistisches Bundesamt: Personen mit Migrationshintergrund – auf dem Weg zu einer definitorischen Abgrenzung. In: Migration in Deutschland 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden 2006.

Anhand der Mikrozensusdaten soll ein Blick auf die Migranten in Berlin geworfen werden.¹ Berlin bietet sich auch deshalb an, weil hier besonders intensiv über die Integration von Immigranten und damit verbundener Probleme diskutiert und die Stadt in der bundesweiten Debatte vielfach als Referenzgröße herangezogen wird – Stichwort Rütli-Schule.

Bei den Migranten lebt die Teilung Berlins bis heute fort

In Berlin belief sich 2005 der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf knapp 23 Prozent (Abbildung 1). Das ist weit mehr als der Bundesdurchschnitt. Allerdings ist der Bundesdurchschnitt ein schlechter Maßstab, weil der Bevölkerungsanteil der Migranten stark von der Gemeindegröße abhängt. Generell gilt: Je größer eine Stadt ist, desto größer ist der Migrantenanteil an der Bevölkerung.²

Im Vergleich zu anderen großen Städten³ ist der Migrantenanteil in Berlin zwar insgesamt nicht besonders groß. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass sich das heutige Berlin aus zwei Teilen mit einer unterschiedlichen Geschichte zusammensetzt. Starke Immigrationsbewegungen gab es im Osten der Stadt zur Zeit der deutschen Teilung – wie auch auf dem gesamten Gebiet der früheren DDR – nicht.⁴ Deshalb zeigt sich das Phänomen, dass im früheren Ost-Berlin der Migrantenanteil unter zehn Prozent liegt, im früheren Westteil – wo in den 60er Jahren eine Zuwanderungswelle einsetzte – sind es dagegen mehr als 30 Prozent.

Unterschiedlich ist auch die Zusammensetzung der Migranten zwischen dem Westen und dem Osten Berlins. Im Osten der Stadt ist der Anteil der Personen mit eigener Migrationserfahrung deutlich höher (Tabelle 1). Das liegt daran, dass es dort praktisch keine Zuwanderungen aufgrund von Gastarbeiteranwerbungen gab. Entsprechend ist auch die Struktur der ethnischen Herkunft eine andere als in den früheren Westbezirken der Stadt. So findet man im Osten Berlins vergleichsweise viele Migranten, die Wurzeln in den europäischen Ländern außerhalb der EU (das

¹ Für die folgende Analyse wird der Scientific-Use-File des Mikrozensus 2005 verwendet. Die Daten sind zwar nicht gerade brandaktuell – aber weil der Blick vor allem auf soziale Strukturen gerichtet wurde, die sich nicht rasch verändern, sollte das dem Informationsgehalt der Auswertungsergebnisse kaum Abbruch tun. Der Scientific-Use-File des Mikrozensus enthält nur einen Teil der Daten der gesamten Erhebung – aber immerhin 70 Prozent. Nach der hier gewählten Abgrenzung der Personen mit Migrationsstatus beläuft sich deren Zahl in der Stichprobe für Berlin auf 3 700 Fälle – im gesamten Bundesgebiet sind es mehr als 65 000.

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2006.

³ Zum Vergleich herangezogen wurden die Städte in Deutschland mit mehr als 500 000 Einwohnern. Städte in den neuen Bundesländern sind deshalb nicht enthalten. Weil es im Scientific Use File des Mikrozensus nur Angaben über die Bundesländer und die Gemeindegrößenklassen gibt, wurden die entsprechenden großen Städte in Nordrhein-Westfalen zusammengefasst.

⁴ In der DDR wurden zwar auch Arbeitskräfte aus dem Ausland – etwa Vietnam oder Angola – eingesetzt, doch waren deren Kontingente stark begrenzt. Zudem wurden sie von der heimischen Bevölkerung abgeschottet, und Familienzusammenführungen mit Partner im Heimatland waren nicht vorgesehen.

sind vor allem die Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion) sowie im außereuropäischen Ausland haben. Im Westen Berlins stellen dagegen Personen mit Bindungen an die Türkei eine sehr starke Gruppe. Bemerkenswert ist, dass sich auch fast 20 Jahre nach dem Mauerfall kaum Personen mit türkischem Migrationshintergrund im Osten Berlins finden. Das spricht für Verharrungstendenzen dieser Gruppe im Westen Berlins.⁵

Die Struktur der Einwanderer im Westen Berlins ähnelt stark derjenigen in Bremen oder in den großen Städten Nordrhein-Westfalens. Dagegen kommt die Zusammensetzung der Migranten im Osten Berlins – soweit sie sich aufgliedern lässt – den Strukturen in Frankfurt/Main, München und Hamburg nahe – also denen wirtschaftlich starker Zentren.

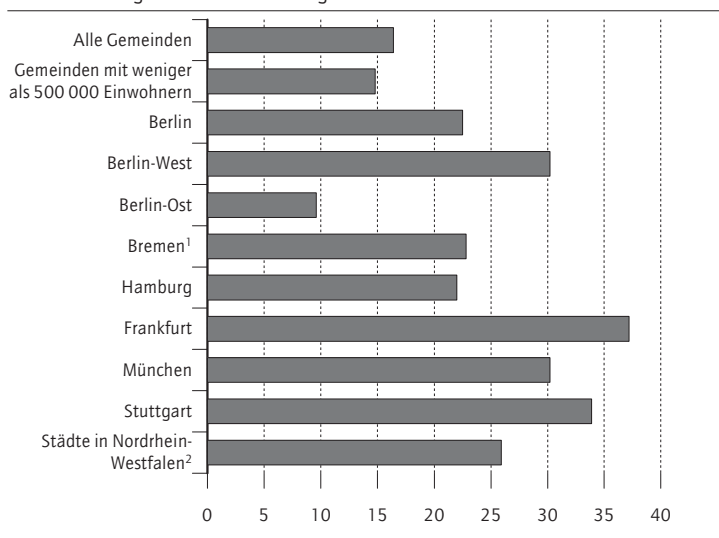
In allen großen Städten gilt: In den Alterskohorten der Jüngeren ist der Migrantenanteil sehr viel höher als in denen der Älteren. So hatten 2005 in Berlin 43 Prozent der Kinder unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund; in der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen waren es 35 Prozent – bei den über 64-Jährigen dagegen lediglich 7 Prozent. Nicht zuletzt wegen der sehr ungleichen Verteilung innerhalb Berlins waren es bei den

⁵ Innerhalb der ehemaligen Westbezirke Berlins und deren Quartiere gibt es große Unterschiede beim Bevölkerungsanteil von Personen mit türkischem Migrationshintergrund. Gemäß des letzten Migrationsberichts des Berliner Senats, der allerdings nur Zahlen für 2002 enthält und nur nach Deutschen und Ausländern differenziert, finden sich besonders viele Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft im Norden Neuköllns, in Kreuzberg, im Wedding und in Moabit. Vgl. Ohliger, R., Raiser, U.: Integration und Migration in Berlin. Zahlen – Daten – Fakten. Hrsg.: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Berlin 2005.

Abbildung 1

Personen mit Migrationshintergrund 2005

Anteile an der gesamten Bevölkerung in Prozent



¹ Einschließlich Bremerhaven.

² Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

unter 10-Jährigen im Osten lediglich 22 Prozent im Westen der Stadt dagegen 53 Prozent. Dieser Wert ist höher als in den meisten anderen großen Städten der früheren Bundesrepublik (Tabelle 2).⁶

⁶ Mit einem Wert von 60 Prozent bildet Frankfurt/Main eine Ausnahme. Dort ist allerdings die Zusammensetzung der Migranten eine andere als im früheren Westteil Berlins. In Frankfurt gibt es deutlich weniger Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund als im früheren West-Berlin. Dafür haben vergleichsweise viele Frankfurter Migranten ihre Wurzeln in Ex-Jugoslawien. Und im Falle Frankfurts kommt hinzu, dass die Stadt als Bankenzentrum viele gut qualifizierte Migranten anzieht.

Tabelle 1

Personen mit Migrationshintergrund in großen deutschen Städten 2005

Anteile in Prozent

	Ausländer		Deutsche		Region des Migrationshintergrundes				
	mit	ohne	mit	ohne	EU-25	Sonstiges Europa ¹	Türkei	Länder außerhalb Europas	Nicht zuzuordnen
	Migrationserfahrung		Migrationserfahrung						
Berlin insgesamt	44,9	12,1	20,3	22,7	21,0	15,3	18,9	17,8	27,0
Berlin-West	43,8	13,2	20,1	22,9	20,4	14,3	22,0	16,5	26,8
Berlin-Ost	50,8	5,8	21,7	21,7	24,0	20,7	2,5	24,8	28,1
Bremen ²	40,4	10,6	28,5	20,5	20,3	9,8	24,8	17,6	27,5
Hamburg	42,0	10,4	26,4	21,1	22,8	11,5	16,0	23,3	26,4
Franfurt	49,2	11,7	19,6	19,6	23,3	12,5	12,9	24,6	26,7
München	57,1	13,7	14,5	14,7	30,5	24,2	12,6	13,9	18,7
Stuttgart	44,2	18,6	18,1	19,1	22,5	22,5	19,5	14,0	21,5
Städte in Nord- rhein-Westfalen ³	38,9	16,4	23,9	20,8	22,5	13,5	24,6	13,1	26,3

¹ Ohne Türkei.

² Einschließlich Bremerhaven.

³ Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 2

Personen mit Migrationshintergrund in großen deutschen Städten nach Altersgruppen 2005

Anteil an der jeweiligen Altersgruppe in Prozent

	Bis 9	10 bis 19	20 bis 29	30 bis 39	40 bis 49	50 bis 64	65 Jahre und älter	Alle Altersgruppen
	Jahre							
Berlin insgesamt	42,9	34,7	29,0	26,5	20,1	16,2	6,7	22,5
Berlin-West	53,4	47,7	41,4	35,8	27,0	22,3	9,3	30,2
Berlin-Ost	21,6	12,3	13,3	12,4	9,7	3,7	2,5	9,6
Bremen ¹	42,9	36,9	29,6	25,3	24,3	15,7	8,0	22,9
Hamburg	40,7	35,0	28,5	23,1	20,4	18,9	6,4	22,1
Franfurt	60,7	55,8	49,4	40,7	34,6	31,6	13,0	37,2
München	50,0	44,2	36,6	35,3	28,1	26,6	10,3	30,2
Stuttgart	53,2	44,4	48,9	41,3	28,6	29,6	11,3	33,8
Städte in Nordrhein-Westfalen ²	48,0	38,6	34,4	31,5	21,6	19,1	8,3	25,9

¹ Einschließlich Bremerhaven.² Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Einkommen der Bevölkerung in der Hauptstadt geringer als in anderen großen Städten – nicht nur bei den Migranten

Um die Einkommen der Migranten in Berlin bewerten zu können, sollte zunächst die Höhe der Einkommen der gesamten Berliner Bevölkerung

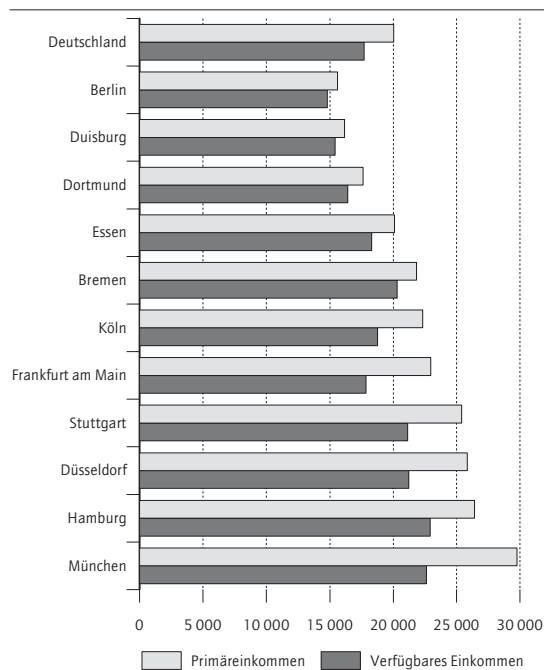
im Vergleich zu anderen deutschen Städten in den Blick genommen werden. Dabei schneidet Berlin schlecht ab, denn die Primäreinkommen (Einkommen vor Steuern und Sozialabgaben, aber ohne Transfereinkommen)⁷ liegen nicht nur deutlich unter dem Durchschnitt anderer großer Städte in Deutschland, sondern sogar unter dem Bundesdurchschnitt (Abbildung 2). Es ist wohl im internationalen Vergleich ein bemerkenswertes Ergebnis, dass die Pro-Kopf-Einkommen in der Hauptstadt unter dem Landesdurchschnitt liegen.⁸ Des Weiteren fällt auf, dass die Primäreinkommen in Berlin kaum höher sind als die verfügbaren Einkommen – also die Einkommen, die den privaten Haushalten zur freien Verwendung bleiben. Das bedeutet, dass die Berliner im Schnitt kaum mehr an Einkommensteuern und Sozialabgaben zahlen, als ihnen an Sozialtransfers zufließt. Im Vergleich zu anderen Stadtstaaten und zu Deutschland insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der Berliner Bevölkerung außerordentlich stark aus Sozialtransfers gespeist – zu mehr als 40 Prozent (Abbildung 3).⁹

Der Mikrozensus enthält keine Informationen über die genaue Höhe der Einkommen. Erhoben werden lediglich Angaben über Einkommensklassen – und zwar für das monatliche Netto-Haushaltseinkommen. Dabei zeigt sich, dass

Abbildung 2

Primär- und verfügbares Einkommen je Einwohner in großen deutschen Städten 2005

In Euro



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

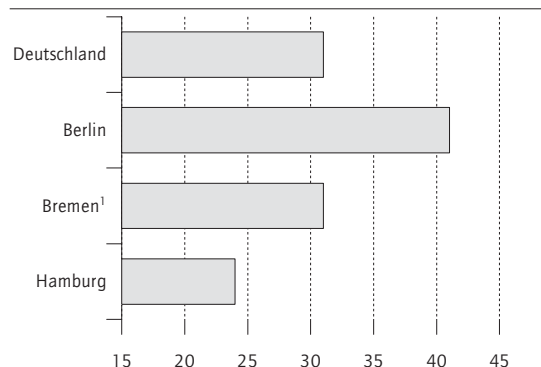
DIW Berlin 2008

⁷ In der soziologischen Forschung auch als Markteinkommen bezeichnet.⁸ Das DIW Berlin hat eine Untersuchung im Auftrag der Investitionsbank Berlin (IBB) durchgeführt, in der es auch um einen Städtevergleich der Wirtschafts- und Einkommensentwicklung im nationalen wie im internationalen Rahmen geht. Das bereits abgeschlossene Gutachten kann voraussichtlich gegen Ende des Jahres veröffentlicht werden.⁹ Solche Informationen gibt es nur für die Bundesländer.

Abbildung 3

Bedeutung monetärer Sozialleistungen für das verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte 2006

Anteile in Prozent



¹ Einschließlich Bremerhaven.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2008**

die unteren Einkommensgruppen in Berlin bei den Personen mit Migrationshintergrund stärker als bei den Nichtmigranten besetzt sind – und entsprechend die oberen Einkommensklassen schwächer (Abbildung 4). Das ist generell in den großen deutschen Städten der Fall. In Berlin sind allerdings sowohl bei den Migranten als auch bei den Nichtmigranten die oberen Einkommensklassen schwächer besetzt als im Durchschnitt der anderen großen Städte. Die gesamte Berliner Bevölkerung hinkt also bei den Einkommen hinterher.

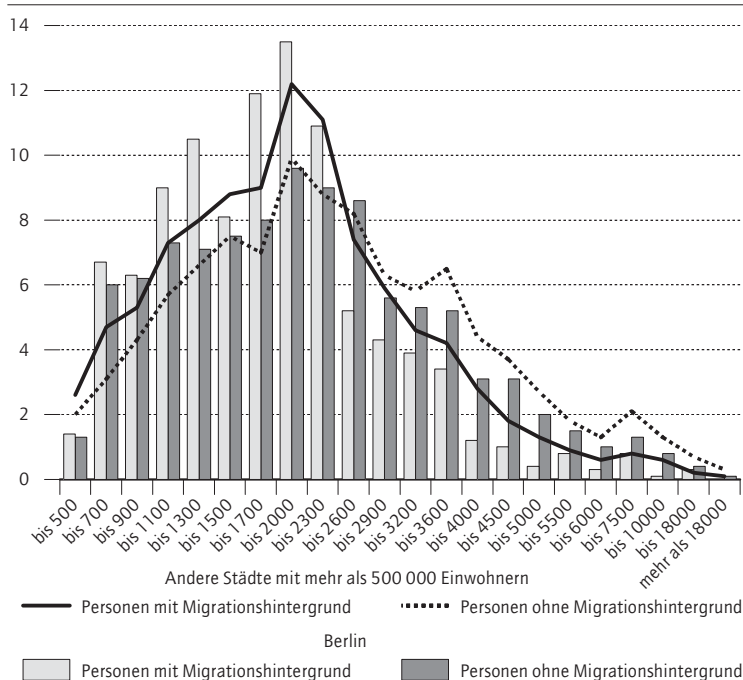
Aus einer anderen Perspektive betrachtet: Insgesamt kommen bei vergleichbarer Haushaltsgröße die Migranten in Berlin auf geringere Einkommen als jene in den anderen großen deutschen Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern (Tabelle 3). Ähnlich sieht es bei einem Vergleich der Nichtmigranten zwischen Berlin und den anderen großen Städten aus. Wiederum aus dem Rahmen fallen die Personen mit Zuwanderungshintergrund im Osten Berlins: Trotz einer deutlich geringeren Haushaltsgröße als bei den Migranten im Westen der Stadt haben sie kein geringeres Haushaltseinkommen als jene. Mit anderen Worten: Migranten im Ostteil Berlins erzielen pro Kopf ein deutlich höheres Einkommen als jene im Berliner Westen.

Was die Einkommensquellen anbelangt, bestreitet nur etwas mehr als die Hälfte der Migranten wie auch der Nichtmigranten in Berlin den Lebensunterhalt hauptsächlich aus Erwerbstätigkeit – sei es die eigene Erwerbstätigkeit oder die Erwerbstätigkeit eines beziehungsweise mehrerer

Abbildung 4

Verteilung der Netto-Haushaltseinkommen in Berlin und anderen großen Städten nach dem Migrationshintergrund 2005

Anteile in Prozent



Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Haushaltsmitglieder (Tabelle 4).¹⁰ Insgesamt liegt Berlin damit bei der Einkommenserzielung der Bevölkerung durch Erwerbstätigkeit hinter den anderen großen Städten zurück (Ausnahme: Bremen).

10 In den Fällen, in denen Personen in Haushalten angaben, dass sie hauptsächlich von der Unterstützung Angehöriger oder anderer Personen im Haushalt leben, wurden die Informationen des Haupteinkommensbeziehers des Haushalts verwendet. Weil Kinder in aller Regel keine eigenen Einkommen haben, wurden ihnen die Einkommensquellen von Vater oder Mutter oder anderen Einkommensbeziehern zugeordnet.

Tabelle 3

Monatliches Netto-Haushaltseinkommen und Haushaltsgröße nach dem Migrationshintergrund in Berlin und anderen großen Städten 2005

	Mittleres monatliches Netto-Haushaltseinkommen		Durchschnittliche Haushaltsgröße	
	Mit	Ohne	Mit	Ohne
	Migrationshintergrund		Migrationshintergrund	
Berlin	1 500 bis 1 700 Euro	1 700 bis 2 000 Euro	3,2	2,2
Berlin-West	1 500 bis 1 700 Euro	1 700 bis 2 000 Euro	3,2	2,2
Berlin-Ost	1 500 bis 1 700 Euro	1 700 bis 2 000 Euro	2,8	2,2
Übrige Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern	1 700 bis 2 000 Euro	2 000 bis 2 300 Euro	3,1	2,3
Deutschland	1 700 bis 2 000 Euro	2 000 bis 2 300 Euro	3,4	2,7

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 4

Haupt-Einkommensquellen nach dem Migrationsstatus in großen deutschen Städten 2005

Anteile in Prozent

	Berlin insgesamt	Berlin-West	Berlin-Ost	Bremen ¹	Hamburg	Franfurt	München	Stuttgart	Städte in Nordrhein- Westfalen ²	Deutsch- land
Bevölkerung insgesamt										
Ohne Migrationshintergrund										
Erwerbstätigkeit	55,1	53,2	57,6	52,0	60,7	60,2	63,4	61,4	58,4	61,5
Arbeitslosengeld I oder II	11,6	10,3	13,4	9,1	6,3	4,9	3,4	3,9	7,0	6,4
Rente, Pensionen	27,6	30,8	23,5	31,1	27,3	31,1	27,7	30,1	29,5	28,0
Unterhalt durch Angehörige	1,9	1,8	1,9	2,5	2,0	1,2	1,9	1,8	1,7	1,3
Eigenes Vermögen	0,6	0,9	0,4	0,6	0,9	0,7	0,6	1,3	1,0	0,6
Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Asylbewerberleistungen	1,0	1,2	0,6	3,1	1,6	1,2	1,0	0,8	1,2	0,8
Sonstiges (Bafög, Stipendium, Pflegeversicherung, Vorruhestandsgeld)	2,2	1,8	2,6	1,6	1,3	0,5	2,2	0,8	1,1	1,3
Mit Migrationshintergrund										
Erwerbstätigkeit	53,1	51,5	62,0	50,3	64,8	69,7	75,0	72,9	62,9	67,4
Arbeitslosengeld I oder II	24,4	24,7	22,3	23,8	17,1	12,0	6,3	12,1	19,1	14,9
Rente, Pensionen	8,9	9,8	4,1	10,6	8,7	10,8	9,5	9,0	9,6	9,6
Unterhalt durch Angehörige	2,5	2,2	4,1	2,6	2,4	1,7	3,4	1,5	1,6	1,8
Eigenes Vermögen	0,5	0,6	0,0	0,0	0,3	0,4	1,1	0,5	0,2	0,4
Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Asylbewerberleistungen	7,5	8,1	4,1	9,9	5,0	4,1	2,4	2,0	5,1	4,2
Sonstiges (Bafög, Stipendium, Pflegeversicherung, Vorruhestandsgeld)	3,1	3,1	3,3	2,6	1,8	1,2	2,4	2,0	1,4	1,6
Bevölkerung im Alter bis zu 64 Jahren										
Ohne Migrationshintergrund										
Erwerbstätigkeit	68,8	68,0	69,5	68,6	78,3	78,8	81,1	82,8	76,0	78,2
Arbeitslosengeld I oder II	14,6	13,3	16,2	12,1	8,2	6,5	4,4	5,3	9,2	8,2
Rente, Pensionen	9,9	11,8	7,6	10,0	6,9	10,1	8,1	7,7	9,3	9,0
Unterhalt durch Angehörige	2,3	2,3	2,3	3,1	2,5	1,6	3,0	2,5	2,1	1,6
Eigenes Vermögen	0,7	1,0	0,4	1,5	0,8	1,0	1,5	0,7	0,8	0,6
Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Asylbewerberleistungen	1,1	1,4	0,7	1,2	1,8	1,3	1,2	0,4	1,2	0,9
Sonstiges (Bafög, Stipendium, Pflegeversicherung, Vorruhestandsgeld)	2,7	2,3	3,2	0,7	1,5	0,7	0,7	0,7	1,4	1,5
Mit Migrationshintergrund										
Erwerbstätigkeit	55,7	54,2	64,1	54,3	68,2	74,2	68,2	77,5	66,8	71,6
Arbeitslosengeld I oder II	25,7	26,1	23,1	25,7	18,0	12,9	18,0	12,8	20,4	15,9
Rente, Pensionen	5,0	5,7	0,9	5,0	5,0	5,8	5,0	3,7	5,1	4,8
Unterhalt durch Angehörige	2,6	2,3	4,3	2,9	2,5	1,8	3,6	1,6	1,7	1,9
Eigenes Vermögen	0,6	0,7	0,0	0,0	0,3	0,4	0,8	0,5	0,3	0,4
Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Asylbewerberleistungen	7,2	7,7	4,3	9,3	4,1	3,6	1,7	1,6	4,3	3,8
Sonstiges (Bafög, Stipendium, Pflegeversicherung, Vorruhestandsgeld)	3,3	3,3	3,4	2,9	1,9	1,3	2,5	3,1	1,5	1,7

¹ Einschließlich Bremerhaven.² Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Große Unterschiede gibt es zwischen Migranten und Nichtmigranten hinsichtlich anderer Einkommensquellen. So bestreitet ein relativ großer Teil der Personen ohne Migrationshintergrund seinen Lebensunterhalt aus Renten- und Pensionsbezügen. Das liegt natürlich daran, dass die Nichtmigranten im Schnitt älter sind.

Schränkt man die Analyse auf Personen im Alter von unter 65 Jahren ein, zeigt sich, dass die Migranten in Berlin deutlich weniger als die Nichtmigranten ihren Lebensunterhalt aus Erwerbseinkommen bestreiten. Viel stärker sind

dagegen die Zuwanderer sowie ihre Nachkommen auf Arbeitslosengeld I oder II angewiesen.¹¹ Und dies gilt für Migranten in Berlin, und insbesondere jene im Westen der Stadt, mehr als für Migranten in anderen großen deutschen Städten. Allerdings sind die „übrigen“ Berliner im Alter von weniger als 65 Jahren ebenfalls deutlich mehr auf Arbeitslosengeld angewiesen als in den anderen großen deutschen Städten.

¹¹ Bei den Erhebungen des Mikrozensus wird nicht zwischen diesen beiden Leistungen differenziert.

Tabelle 5

Haupt-Einkommensquellen¹ nach Migrationserfahrung und -hintergrund in Berlin 2005

Anteile an der jeweiligen Gruppe in Prozent

	Ausländer		Deutsche		Region des Migrationshintergrundes				
	mit	ohne	mit	ohne	EU-25	Sonstiges Europa²	Türkei	Länder außerhalb Europas	Nicht zuzuordnen
	Migrationserfahrung		Migrationserfahrung						
Erwerbstätigkeit	52,7	55,1	58,3	63,8	61,9	51,6	46,6	54,9	63,6
Arbeitsloengeld I oder II	26,7	30,6	24,2	15,9	22,3	26,3	33,9	24,8	18,2
Rente, Pensionen	7,3	2,0	7,6	5,8	5,8	8,4	11,9	2,7	5,1
Unterhalt durch Angehörige	4,1	2,0	1,5	2,9	3,6	4,2	0,8	5,3	3,0
Eigenes Vermögen	1,0	0,0	0,0	0,0	1,4	0,0	0,0	0,9	0,0
Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Asylbewerberleistungen	5,7	6,1	3,8	4,3	2,2	6,3	5,1	7,1	4,0
Sonstiges (Bafög, Stipendium, Pflegeversicherung, Vorruhestandsgeld)	2,5	4,1	4,5	7,2	2,9	3,2	1,7	4,4	6,1

¹ Nur Personen im Alter von bis zu 64 Jahren.² Ohne Türkei.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Weiterhin die Perspektive auf die unter 65-Jährigen gerichtet: Beim Ausmaß des Bezugs sozialer Leistungen der einzelnen Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund in Berlin gibt es erhebliche Unterschiede. Deutsche mit Migrationshintergrund – insbesondere jene ohne eigene Migrationserfahrung – sind auf solche Leistungen im Schnitt weniger angewiesen als Ausländer (Tabelle 5). Und unter den Ausländern beansprucht die zweite oder dritte Generation der Migranten diese Hilfe mehr als die erste. Unter den Personen mit Wurzeln in der Türkei stützt sogar nur knapp die Hälfte ihren Lebensunterhalt hauptsächlich auf Erwerbseinkommen innerhalb des Haushaltes.

Geringe Erwerbsbeteiligung und weit überdurchschnittliche Erwerbslosigkeit der Migranten

Die Erwerbsbeteiligung der Migranten in Berlin ist geringer als die der Nichtmigranten (Tabelle 6). Dass vergleichsweise wenige Migranten im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, gilt auch für die anderen großen deutschen Städte. Dabei gibt es aber erhebliche Unterschiede je nach Herkunft beziehungsweise ethnischer Bindung. Hoch ist die Erwerbsquote unter den Migranten mit Verbindungen zu einem EU-Land (Tabelle 7). Gering ist sie dagegen bei den Personen mit Bezug zur Türkei. Hier spielen wohl kulturelle Unterschiede eine große Rolle – insbesondere was die Erwerbsbeteiligung der Frauen angeht. So betrug die Erwerbsquote der „türkischen“ Frauen nur 56 Prozent, bei den Frauen mit Bezug zu einem EU-Land waren es 73 Prozent.

Migranten üben viel häufiger als Nichtmigranten nur einfache berufliche Tätigkeiten aus;¹² in Jobs, die besonders hohe Qualifikationsanforderungen stellen, sind sie vergleichsweise selten zu finden. Das gilt für Berlin insgesamt wie für die ande-

¹² Im Rahmen des Mikrozensus wird nicht laufend die Art der ausgeübten Tätigkeiten erhoben. Sie wurde hier auf der Grundlage der Berufsangaben generiert. Ausgangspunkt ist die Berufsklassifikation von Blossfeld: Vgl. Blossfeld, H.-P.: Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt 1985. Sodann wurden die Arbeiten von Schimpl-Neimanns herangezogen, der die Klassifikation von Blossfeld an die Erhebungen des Mikrozensus und in Teilen auch an neuere Anforderungen angepasst hat. Vgl. Schimpl-Neimanns, B.: Mikrodaten-Tools – Umsetzung der Berufsklassifikation von Blossfeld auf die Mikrozensus 1973–1998. In: Zuma-Methodenbericht Nr. 1973 – 1998. Diese Klassifizierung wurde hier weiter aggregiert.

Tabelle 6

Erwerbs- und Erwerbslosenquote nach dem Migrationshintergrund in großen deutschen Städten 2005

In Prozent

	Erwerbslosenquote von Personen ¹		Erwerbsquote von Personen ¹	
	ohne	mit	ohne	mit
	Migrationshintergrund		Migrationshintergrund	
Berlin insgesamt	17,3	33,2	81,4	75,6
Berlin-West	17,0	34,4	78,3	74,2
Berlin-Ost	17,7	27,3	85,4	83,3
Bremen ²	14,0	32,2	78,1	72,8
Hamburg	9,3	17,5	81,5	74,1
Franfurt	7,7	14,2	80,8	74,6
München	5,4	10,2	82,2	77,8
Stuttgart	6,3	14,9	83,0	77,7
Städte in Nordrhein-Westfalen ³	10,7	22,9	78,1	71,2
Deutschland	10,0	19,1	80,5	76,3

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren; ohne Schüler, Studenten und Auszubildende.² Einschließlich Bremerhaven.³ Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 7

Indikatoren zur Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund in Berlin 2005¹

Anteile in Prozent

	Ausländer		Deutsche		Region des Migrationshintergrundes				
	mit	ohne	mit	ohne	EU-25	Sonstiges Europa ²	Türkei	Länder außerhalb Europas	Nicht zuzuordnen
	Migrationserfahrung		Migrationserfahrung						
Erwerbslosenquote	36,1	42,9	28,4	20,8	30,8	38,5	43,9	31,4	20,4
Erwerbsquote	72,7	80,8	79,3	82,8	82,0	71,2	68,8	72,9	83,1
Einfache Tätigkeiten	41,1	40,0	34,3	29,6	36,0	42,5	60,0	28,8	27,7
Qualifizierte Tätigkeiten	48,2	53,3	54,3	59,3	53,3	45,0	35,0	59,6	57,4
Hoch qualifizierte Tätigkeiten	10,6	6,7	11,4	11,1	10,7	12,5	5,0	11,5	14,9
Selbständige	25,9	12,5	15,7	17,9	26,7	17,1	12,2	30,8	14,3
Geringfügig Beschäftigte	11,3	13,3	9,9	14,3	12,0	14,6	9,8	11,5	10,2

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren; ohne Schüler, Studenten und Auszubildende.² Ohne Türkei.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 8

Erwerbstätige nach ausgeübten Tätigkeiten und Migrationshintergrund in großen deutschen Städten 2005¹

Anteile in Prozent

	Ohne Migrationshintergrund			Mit Migrationshintergrund		
	Einfache	Qualifizierte	Hoch qualifizierte	Einfache	Qualifizierte	Hoch qualifizierte
	Tätigkeiten			Tätigkeiten		
Berlin insgesamt	24,0	56,8	19,2	39,3	50,2	10,5
Berlin-West	20,4	57,2	22,5	41,7	48,9	9,4
Berlin-Ost	28,3	56,1	15,6	27,5	55,0	17,5
Bremen ²	29,5	58,0	12,4	50,0	45,0	5,0
Hamburg	22,6	58,9	18,4	47,7	44,7	7,6
Franfurt	19,9	56,4	23,8	40,7	48,4	11,0
München	17,4	59,1	23,5	39,5	50,2	10,5
Stuttgart	20,7	54,4	24,9	46,8	44,3	8,9
Städte in Nordrhein-Westfalen ³	24,9	58,6	16,5	49,0	43,6	7,4
Deutschland	27,7	58,7	13,5	49,0	43,4	7,5

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren; ohne Schüler, Studenten und Auszubildende.² Einschließlich Bremerhaven.³ Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

ren großen Städte (Tabelle 8). Allerdings stellt der Osten Berlins wiederum einen Sonderfall dar, denn hier gibt es keine Unterschiede in der Tätigkeitsstruktur zwischen Migranten und Nichtmigranten.

Dass ein großer Teil der Migranten nur einfache Tätigkeiten ausübt, hängt damit zusammen, dass viele von ihnen keine Berufsausbildung haben. Besonders unter den Personen mit türkischem Hintergrund in Berlin ist das der Fall: Immerhin drei Viertel von ihnen können keinen Berufsabschluss vorweisen (Tabelle 9). Einen Hochschulabschluss haben von dieser Migrantengruppe lediglich drei Prozent. Aber es gibt auch unter den anderen Migranten in Berlin einen vergleichsweise hohen Anteil von Personen ohne Berufsabschluss – allerdings auch einen erheblichen Anteil von Hochschulabsolventen. Im Osten Berlins können die Migranten einen mehr als doppelt so hohen Anteil an hoch Qualifizierten vorweisen wie jene im Westen Berlins. Und dieser Anteil ist höher als der in allen anderen großen Städten.

Tabelle 9

Migrantengruppen in Berlin 2005 nach ihrem Berufsabschluss¹

Anteile in Prozent

	Ausländer		Deutsche		Region des Migrationshintergrundes				
	mit	ohne	mit	ohne	EU-25	Sonstiges Europa ²	Türkei	Länder außerhalb Europas	Nicht zuzuordnen
	Migrationserfahrung		Migrationserfahrung						
Ohne Abschluss	51,3	51,9	33,6	40,0	30,0	43,1	75,3	47,4	32,2
Lehre, Fachschule und ähnliche	29,2	37,0	45,5	40,0	46,4	37,5	21,6	26,3	44,1
Hoch- oder Fachhochschule	19,5	11,1	20,9	20,0	23,6	19,4	3,1	26,3	23,7

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren; ohne Schüler, Studenten und Auszubildende.² Ohne Türkei.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Selbständigenquote bei Migranten besonders hoch – aber bei Personen mit Bindungen zur Türkei gering

Migranten gehen in Berlin häufiger als Nichtmigranten eine selbständige Tätigkeit nach (Tabelle 10). Das ist in den anderen großen Städten allerdings nicht der Fall. Groß ist die Selbständigenquote vor allem unter den Ausländern mit eigener Migrationserfahrung, insbesondere bei jenen aus den außereuropäischen Ländern sowie bei den Personen, die mit einem Land der EU verwurzelt sind. Dazu gehören nicht zuletzt die Polen, denen als Arbeitnehmer in Deutschland bisher keine Freizügigkeit eingeräumt wurde, die aber in erheblicher Zahl die Chance nutzen, in Deutschland als Selbständige tätig zu sein.¹³ Sehr gering ist dagegen – entgegen mancher Vorurteile – der Anteil der Selbständigen unter Migranten mit türkischem Hintergrund. Das ist nicht erstaunlich, da der allergrößte Teil davon keine Berufsausbildung vorweisen kann und ihnen deshalb – abgesehen von einigen rechtlichen Barrieren – „klassische“ Bereiche selbständiger Tätigkeit wie Handwerk und Freie Berufe verschlossen sind.

Sehr hoch ist die Erwerbslosigkeit der Migranten – in Berlin beträgt deren Erwerbslosenquote¹⁴ ein Drittel. Das ist doppelt so viel wie unter den Nichtmigranten. Dass die Erwerbslosigkeit besonders unter den Migranten stark verbreitet ist, zeigt sich auch in den anderen großen Städten. Denn generell beträgt die Erwerbslosenquote der Migranten das Zweifache der der Nichtmigranten. Berlin stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. In Berlin liegt aber generell die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt – was eine dramatische Unterbeschäftigung der Migranten zur Folge hat.

Die hohe Erwerbslosigkeit der Migranten hängt damit zusammen, dass viele keinen Berufsabschluss haben. Und gering Qualifizierte haben generell schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt – das gilt für alle Industrieländer (Tabelle 11).¹⁵

Besonders häufig sind in der Stadt Ausländer der zweiten oder dritten Generation erwerbslos – und überdurchschnittlich oft gilt dies für Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Diese Gruppe kommt auf eine Erwerbslosenquote von über 40 Prozent. Das wiegt deshalb besonders schwer, weil diese schon eine geringe Erwerbs-

Tabelle 10

Selbständige und geringfügig Beschäftigte nach dem Migrationshintergrund in großen deutschen Städten 2005

Anteile an allen Erwerbstätigen in Prozent

	Selbständige		Geringfügig Beschäftigte	
	ohne	mit	ohne	mit
	Migrationshintergrund		Migrationshintergrund	
Berlin insgesamt	14,5	21,3	6,0	11,8
Berlin-West	17,2	20,1	5,8	10,8
Berlin-Ost	11,3	28,0	6,0	16,0
Bremen ¹	11,1	10,9	8,3	8,7
Hamburg	14,8	11,8	7,4	15,1
Frankfurt	16,1	16,0	6,5	9,4
München	17,1	14,6	5,4	7,0
Stuttgart	14,9	3,7	7,4	8,9
Städte in Nordrhein-Westfalen ²	12,0	10,7	9,7	13,1
Deutschland	12,6	10,5	8,7	11,9

¹ Einschließlich Bremerhaven.² Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

beteiligung vorweisen. Mehr als die Hälfte dieser Gruppe im erwerbsfähigen Alter hat daher keine reguläre Beschäftigung – sei es, dass sie erwerbslos sind, oder sei es, dass sie keine Beteiligung am Arbeitsmarkt wollen.

Fazit

Mehr als jeder fünfte Berliner hat einen Migrationshintergrund. In Berlin ist der Bevölkerungsanteil der Migranten nicht größer als in vergleichbaren Regionen – wobei aber zu berücksichtigen ist, dass im Osten der Stadt die Zahl der Migranten traditionell gering ist. In allen großen Städten sind im Schnitt die Einkommen der Zuwanderer und deren Angehöriger geringer als die der Personen ohne Migrationshintergrund. Das liegt daran, dass Migranten eine ungünstigere Qualifikationsstruktur aufweisen, deshalb vergleichsweise häufig einfache Tätigkeiten ausüben und ein hohes Risiko vorweisen, erwerbslos zu werden. In Berlin mit seiner chronisch schwachen Wirtschaftsentwicklung und überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit treten diese Phänomene noch stärker als an vielen anderen Orten auf – und erlangen somit eine größere soziale Brisanz.

Wenn, wie generell in den großen deutschen Städten, die Erwerbslosigkeit der Migranten doppelt so groß ist wie die der Personen ohne Migrationshintergrund, hat das im Falle Berlins deshalb besonders schwerwiegende Konsequenzen, weil in der Stadt die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt liegt. Entsprechend ergibt sich für die Migranten eine Erwerbslosenquote von einem Drittel – bei manchen ethnischen Gruppen ist sie noch höher. Bei Migranten mit Bezug zur Türkei liegt sie deut-

¹³ Brenke, K., Zimmermann, K. F.: Zuwanderungen aus Mittel- und Osteuropa trotz Arbeitsmarktbarrieren deutlich gestiegen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 44/2007.

¹⁴ ILO-Konzept.

¹⁵ Vgl. OECD: Employment Outlook 2008. Paris 2008, S. 348 ff.

Tabelle 11

Erwerbsfähige Personen¹ nach Berufsabschluss und Migrationsstatus in großen deutschen Städten 2005

Anteile in Prozent

	Ohne Migrationshintergrund			Mit Migrationshintergrund		
	Ohne Abschluss	Lehre, Fachschule und ähnliche	Hoch- oder Fachhochschule	Ohne Abschluss	Lehre, Fachschule und ähnliche	Hoch- oder Fachhochschule
Berlin insgesamt	15,3	59,6	25,1	46,3	34,5	19,2
Berlin-West	18,4	55,2	26,4	49,2	34,2	16,7
Berlin-Ost	11,3	65,2	23,5	30,3	36,4	33,3
Bremen ²	27,1	57,8	15,2	53,8	35,0	11,3
Hamburg	20,1	58,1	21,7	49,5	35,9	14,6
Franfurt	17,2	50,8	31,9	48,2	31,9	19,9
München	15,3	53,6	31,1	39,2	35,9	24,9
Stuttgart	16,0	52,8	31,1	46,7	40,0	13,3
Städte in Nordrhein- Westfalen ³	19,6	62,0	18,4	52,3	37,0	10,6
Deutschland	15,6	69,5	15,0	45,2	42,9	11,8

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren; ohne Schüler, Studenten und Auszubildende.² Einschließlich Bremerhaven.³ Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund.

Quellen: Mikrozensus (Scientific-Use-File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

lich über 40 Prozent. Und jene sind innerhalb der Quartiere Berlins alles andere als gleich verteilt – sie konzentrieren sich vielmehr auf einige städtische Räume im früheren West-Berlin.

Der Schlüssel für die Lösung der Probleme sind vermehrte Ausbildungsanstrengungen für einen großen Teil der Migranten. Und die Anforderungen sind wegen der demografischen Entwicklung gewaltig. Wenn sie nicht bewältigt werden, verschlechtern sich aufgrund eines künftigen Mangels an Humankapital die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten, was die Gefahr sozialer Spannungen erhöht. Gerade in Berlin – aber auch in anderen großen Städten.

Weil ein erheblicher Teil der Migranten – wie an der Qualifikationsstruktur zu sehen ist – zu den bildungsfernen Schichten zu rechnen ist, ist der Staat in besonderem Maße gefordert, der nachwachsenden Generation bei der frühkindlichen Erziehung und der schulischen Bildung gute Startchancen für das spätere Berufsleben zu verschaffen. Der Berliner Senat hat in der vorschulischen Erziehung Schritte in die richtige Richtung unternommen. Ob sie ausreichend sind, bleibt abzuwarten – zumal viel davon abhängt, inwieweit das Angebot von den Eltern angenommen wird. Das gilt freilich nicht nur für Migranten. Insgesamt muss dem Bildungssektor viel mehr als bisher politische Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Denn es sollte klar sein: Wenn Berlin es nicht schafft, die Kinder bildungsschwacher Schichten – seien es Migranten oder Nichtmigranten – besser als ihre Eltern zu qualifizieren, droht der

Stadt vielleicht nicht gerade der wirtschaftliche Absturz, aber auf jeden Fall eine Zukunft, bei der sie noch weiter als bisher bei der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherhinkt – im nationalen Rahmen und im internationalen Rahmen sowieso.

Kontraproduktiv sind vor diesem Hintergrund die von Teilen der Berliner Landesregierung immer wieder erhobenen Forderungen, die Unterstützungsleistungen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II kräftig anzuheben. Solche sozialpolitisch motivierten Indikationen lassen außer Acht, dass eine Anhebung der Sozialleistungen erhebliche negative Nebenwirkungen haben kann. Ein Elternpaar mit zwei Kindern erhält bereits jetzt Leistungen im Rahmen von Hartz IV, die einem Brutto-Stundenlohn eines vollzeitbeschäftigten Alleinverdieners von etwa zehn Euro entsprechen.¹⁶ Der überwiegende Teil der auf dem Berliner Arbeitsmarkt angebotenen einfachen Jobs dürfte deutlich geringer entlohnt werden. Weil ein erheblicher Teil des Erwerbspersonenpotentials unter den Migranten wegen geringer Qualifikation nur für einfache Tätigkeiten infrage kommt und weil Migranten vergleichsweise große Haushalte haben, könnten bei einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes II die Anreize für die Teilnahme am Arbeitsmarkt sinken. Bereits jetzt ist in einzelnen ethnischen Gruppen – wie etwa den Personen mit Wurzeln in der Türkei – die Transferabhängigkeit sehr hoch und die Beschäftigungsquote gering. Überdies: Bei einem großen Teil der Migranten in

¹⁶ Brenke, K., Ziemendorf, J.: Hilfedürftig trotz Arbeit? – kein Massenphänomen in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2008.

Berlin – wie jenen ohne deutschen Pass – ist die Zahl der Erwerbstätigen kaum höher als die Zahl der erwerbsfähigen Empfänger von Arbeitslosengeld II.¹⁷

17 Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gab es im Dezember vergangenen Jahres in Berlin unter den erwerbsfähigen Ausländern (im Alter von 15 bis 64 Jahren) 111 000 Bezieher von Arbeitslosengeld II. Für dieselbe Zeit meldet die Bundesagentur für Arbeit knapp 69 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie 6 500 ausschließlich geringfügig Beschäftigte Ausländer in Berlin. An Erwerbstätigen kommen die Selbständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) hinzu. Die neuesten Informationen gibt es über deren Zahl nur vom Mikrozensus 2006 – sie beläuft sich auf 40 200 Personen.

Es geht also um ökonomische und auch sozialpsychologische Anreize: Wenn man sich darauf verlassen kann, dass der Staat für den Unterhalt sorgt, besteht die große Gefahr, dass gerade bei bildungsfernen Haushalten in der nachwachsenden Generation keine hinreichende Motivation entsteht, in die eigene Ausbildung zu investieren. Nachwachsende Generationen orientieren sich naturgemäß an den Eltern. Und wenn es denen gelungen ist, ihren Lebensunterhalt hauptsächlich über Sozialtransfers zu bestreiten, müssen wir dann nicht befürchten, dass dies den Jüngeren als Vorbild dient? Das gilt freilich nicht nur für Migranten.

JEL Classification:
R23, J61

Keywords:
Regional Migration,
Immigrants, Income,
Employment, Education

Industriepolitik in der Telekommunikation:

Deutschland im europäischen Vergleich

Konferenz am 2. September 2008

DIW Berlin, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

Leistungsfähige Industriepolitik ist ein wesentliches Erfolgskriterium für moderne Telekommunikationsmärkte. Um die industriepolitischen Rahmenbedingungen in Schlüsselbereichen wie Wettbewerbs-, Arbeitsmarkt- und Fiskalpolitik in den Telekommunikationsmärkten allgemein und für die dort etablierten Unternehmen im Besonderen abschätzen zu können, hat das DIW Berlin in Zusammenarbeit mit internationalen Experten einen Industriepolitik-Index für den Telekommunikationssektor entwickelt. Auf dieser Basis wurden fünf europäische Staaten – Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien – verglichen.

Die Ergebnisse dieses Vergleichs sollen im Rahmen der Konferenz präsentiert werden. Interessanterweise verzeichnen die Industriepolitik Frankreichs und Großbritanniens die besten Bewertungen, da beide eindeutig und konsistent in eine bestimmte Richtung konzipiert sind: Frankreich setzt konsequent auf die Unterstützung etablierter Unternehmen durch die Regierung, Großbritannien auf sehr liberale Arbeitsmarktbedingungen und hohe öffentliche Nachfrage nach Kommunikationsdienstleistungen. Im Gegensatz dazu fällt die Bewertung der Industriepolitik in Deutschland deutlich schlechter aus, insbesondere bedingt durch eine verhaltene öffentliche Nachfrage sowie eine unklare Ausrichtung der Wettbewerbspolitik.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse soll im zweiten Teil der Konferenz diskutiert werden, wie aktuelle Herausforderungen, insbesondere die flächendeckende Breitbandversorgung ländlicher Gebiete sowie der Austausch der bestehenden Infrastruktur durch Glasfaseranschlüsse („Fiber to the Home“), gemeistert werden können und welche Rolle die Politik dabei spielen könnte und sollte.

Die Studie wurde vom DIW Berlin im Auftrag der Deutschen Telekom AG erstellt.

Hinweis auf eine Veranstaltung

Industriepolitik in der Telekommunikation:

Deutschland im europäischen Vergleich

Konferenz am 2. September 2008

DIW Berlin, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

Programm

10.30

Begrüßung / Welcome and opening

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Präsident des DIW Berlin

10.35

Vorstellung der Studie:

Einführung und Überblick

The DIW Study:

Introduction and key findings

Prof. Dr. Christian Wey

Abteilungsleiter Informationsgesellschaft und Wettbewerb, DIW Berlin

11.00

Großbritannien: Laissez-faire als erfolgreiche Industrie- und High-Tech-Politik?

United Kingdom: Laissez-faire as the most successful course of industrial policy?

Jason Whalley, Ph.D.

Senior Lecturer, University of Strathclyde

11.20

Fallbeispiel Spanien: Begünstigen

Steuererleichterungen expansive

Internationalisierungsstrategien?

Case study Spain: Do tax reliefs help incumbents to expand abroad?

Prof. Dr. Teodosio Pérez-Amaral

Departamento de Economía Cuantitativa, Universidad Complutense de Madrid

11.40

Infrastrukturhilfen in Italien: Beitrag der öffentlichen Hand zur Entwicklung einer Breitbandinfrastruktur

Infrastructure aid in Italy: How public initiatives help to develop broadband access

Prof. Dr. Enzo Pontarollo

Professore ordinario di Economia Industriale, Università Cattolica del Sacro Cuore Milano

12.00

Ein Blick über den Atlantik:

Welche Wege gehen die USA?

Across the Atlantic: Deregulation and industrial policy in the U.S.

Prof. Dr. Johannes M. Bauer

Quello Center for Telecommunication Management and Law, Michigan State University

12.20

Diskussion der Studienergebnisse

Discussion of study findings

Moderiert von Prof. Dr. Justus Haucap

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

12.45

Mittagsimbiss / Lunch

13.45

Impulsreferat: Zukünftige Breitbandnachfrage, Netzentwicklung und Versorgung ländlicher Räume

Future broadband demand, network roll-out and expanding communication services to rural areas

Dr. Arnulf Heuermann, *Detecon*

14.15

Schlussfolgerungen für die Politik

Policy implications

Dr. Brigitte Preissl, *ZBW Hamburg*

14.30

Panel-Diskussion / Panel discussion

14.55

Schlusswort / Closing remarks

Prof. Dr. Christian Wey

15.00

Ende der Veranstaltung / End of workshop

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Hybridautos fahren die Dreifach-Dividende ein

Von Christian von Hirschhausen*

Schauen Sie mal genau hin, wenn auf der nächsten Urlaubsreise ein silbernes Auto geräuschlos an Ihnen vorbeigeleitet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist dies ein Toyota Prius, das erste in Serie produzierte „Hybridauto“ mit einer Kombination aus Verbrennungs- und Elektromotor. Der Prius steht dabei stellvertretend für eine Welle vor allem in Asien entwickelter Autos, die bis zu 100 Prozent mit elektrischem Strom angetrieben werden können. Damit wird zunehmend weniger von dem teuren und schmutzigen Stoff benötigt, dessen Siegeszug nach 150 Jahren zu Ende zu gehen scheint: Öl.

Ein „neues“ Phänomen? Nicht in den USA, wo bereits mehr als eine Million Hybridautos günstig und umweltfreundlich auf den Straßen rollen. Im Silicon Valley, der Innovationschmiede Kaliforniens, gehören Hybridautos inzwischen zum Standard. Und was heute in Kalifornien gilt, wird sich spätestens in fünf bis zehn Jahren auch bei uns durchgesetzt haben. Und das zu Recht, denn das Hybridauto verspricht bei vertretbaren zusätzlichen Anschaffungskosten gleich eine dreifache Dividende:

- Es weist erheblich geringere Kraftstoffkosten auf als die traditionellen Spritfresser. In Zukunft werden pro 100 Kilometer Fahrleistung etwa 20 Kilowattstunden benötigt, was Energiekosten von nur drei bis vier Euro entspricht.
- Das Hybridauto ist umweltfreundlicher, insbesondere wenn es mit Strom aus erneuerbaren Energien gespeist wird. Dies bezieht sich sowohl auf das global wirkende Kohlendioxid als auch auf lokale Schadstoffe wie Stickoxide, Ruß oder Feinstaub.
- Drittens erfüllt das Hybridauto auch die zunehmenden Ansprüche an den umweltfreundlichen Stadtverkehr, wie sie im Grünbuch der Europäischen Kommission von 2007 „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ gefordert werden. Hier zählt vor allem die geringe Lärmbelastung.

Der Siegeszug der Hybrid- und Elektroautos wird somit auch in Europa nicht zu bremsen sein. Verbleibende technische Herausforderungen, zum Beispiel die Kapazität der Batterien, erscheinen beherrschbar, insbesondere angesichts der Tatsache, dass mit dem Übergang zur Serienproduktion erhebliche Größen- und Lernvorteile für die Hersteller („learning by doing“) zu erwarten sind und damit geringere Kosten. Ein weiterer Aspekt: Mehr als 50 Prozent aller an einem Tag zurückgelegten Autokilometer in Deutschland entfallen auf Strecken von weniger als 40 Kilometern – also auf Kurzstrecken, die in absehbarer Zeit vollständig durch Elektromobilität abgedeckt werden können.

Die deutsche Automobilindustrie hat den Trend in Richtung Elektroauto bisher verpasst und versucht derzeit, verlorenes Terrain aufzuholen. Wenn die deutsche Automobilindustrie nicht das Schicksal ihres nordamerikanischen Pendant erleiden möchte – nämlich erhebliche Marktanteilsverluste gegenüber den asiatischen Herstellern –, sollte sie die Entwicklung von Hybrid- und Elektroautos mit dem Ziel nachhaltiger Marktdurchdringung verfolgen.

* Prof. Dr. Christian von Hirschhausen ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und leitet den Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Public Sector Management an der TU Dresden.